



IGB/TUAC-Auswertung des Gipfels und des Kommuniqués der Staats- und Regierungschefs der G20

Antalya, Türkei, 15. bis 16. November 2015

Der G20-Gipfel in Antalya fand vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse von Paris statt. Gleichzeitig haben die jüngsten Wirtschaftsprognosen der OECD und des IWF die Fragilität des globalen Wachstums bestätigt, die die Wachstumsambitionen der G20 gefährdet. Die L20 hat zwei Tage vor dem Gipfel getagt, um ihre Prioritäten zu erörtern (<http://www.ituc-csi.org/l20-summit-2015-unions-to-call-for>), darunter abgestimmte Maßnahmen zur Förderung hochwertiger Arbeitsplätze und der Jugendbeschäftigung, die Notwendigkeit eines öffentlichen Investitionsplans, Einkommensungleichheiten (vgl. die Ergebnisse der IGB-Umfrage: <http://www.ituc-csi.org/ituc-poll-highlights-wage-stress>), Jugend- und Frauenbeschäftigung, Klimaschutz und die Flüchtlingskrise. Die Gewerkschaften haben an die Regierungen der G20 appelliert, ihre Beschäftigungsziele zu erreichen und die Ungleichheit durch Sozialschutz, höhere Mindestlöhne und Tarifverhandlungen abzubauen.

Zwei wichtige Entwicklungen bei dem Gipfel waren die umfangreichen Verweise auf die Notwendigkeit, die Ungleichheit zu vermindern, sowie das Ziel, den Anteil der jungen Menschen, die weder eine Arbeit noch einen Ausbildungsplatz haben, bis 2025 um 15% zu reduzieren.

Die TeilnehmerInnen des L20-Gipfels waren erschüttert über die Terroranschläge in Frankreich und stehen solidarisch auf der Seite der Opfer, ihrer Familien und der französischen Gewerkschaftsbewegung. Wir nehmen zudem die Anschläge in Nigeria, Beirut und Kenia sowie die in Surac und Ankara in der Türkei zur Kenntnis und bekräftigen unsere Solidarität bei der Verteidigung der Demokratie und der Freiheit.

Politische Maßnahmen zur Ankurbelung des Wachstums

Das Kommuniqué spiegelt die Prioritäten der türkischen Präsidentschaft in Bezug auf **Investitionen, Integration und Inkraftsetzung ("die drei Is")** wider, mit neuen innerstaatlichen Investitionsstrategien, der Verpflichtung zu politischen Schwerpunkten in Bezug auf Lohn- und Einkommensungleichheit sowie zum Rahmenplan zur Förderung hochwertiger Arbeitsplätze. Zudem soll eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Umsetzung der während der australischen Präsidentschaft beschlossenen innerstaatlichen Wachstumsstrategien vorgenommen werden.

Ein Jahr nachdem die 800 neuen Verpflichtungen zur Förderung des Wachstums eingegangen und in innerstaatlichen politischen Strategien verankert wurden, haben sie bisher keine politischen Veränderungen zugunsten solider Wachstumsaussichten bewirkt. Im Schlusskommuniqué wird zwar betont, dass es eines inklusiven und stabilen Wachstums bedarf, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, aber die anhaltende Wachstumskrise wird heruntergespielt. Es heißt dort lediglich: *"Das Wachstum der Weltwirtschaft verläuft ungleichmäßig und bleibt weiterhin trotz der positiven Aussichten in einigen großen Volkswirtschaften hinter unseren Erwartungen zurück"* (Abs. 3). Dies steht im Widerspruch zu den wiederholt nach unten korrigierten Wirtschaftsprognosen, wie erst kürzlich wieder im OECD-Wirtschaftsausblick (http://www.tuac.org/en/public/e-docs/00/00/11/5B/document_doc.phtml).

Vor diesem Hintergrund wird bestätigt, dass man nach wie vor entschlossen sei, an dem im letzten Jahr verkündeten gemeinsamen **Wachstumsziel** der G20 von zusätzlich **2.0%** bis 2018 festzuhalten (Abs. 5). Aus einer Untersuchung der L20 im Jahr 2015 geht hervor, dass nur 18% der L20-Mitglieder in 16 G20-Staaten der Ansicht sind, dass ihr Land dieses Ziel vermutlich erreichen wird (http://www.tuac.org/en/public/e-docs/00/00/11/55/document_news.phtml). Es muss daher ausgewertet werden, ob die angepassten Strategien und Umsetzungspläne, die im Aktionsplan von Antalya dargelegt werden (<https://g20.org/wp-content/uploads/2015/11/Antalya-Action-Plan.pdf>), ehrgeiziger sind und in die richtige, eine sozial nachhaltigere Richtung weisen.

In dem Kommuniqué wird der **zügigen Umsetzung der Wachstumsstrategien** Priorität eingeräumt. Die OECD, der IWF und die Weltbank werden mit der Analyse der Verpflichtungen auf Länderebene beauftragt, und man werde die Fortschritte anhand eines "stabilen Rahmenplans" bewerten. Eine wirksame Umsetzung und Anpassung der Wachstumsstrategien ist unerlässlich, da 74% der an der L20-Untersuchung beteiligten Personen angaben, dass ihres Erachtens weitere Verpflichtungen eingegangen werden müssten, um das Wachstumsziel von 2% zu erreichen und die Lebensbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern.

Die in dem Kommuniqué enthaltene Strategiemischung deutet darauf hin, dass kein Konsens in Bezug auf einen Bruch mit den "soliden wirtschaftspolitischen Maßnahmen" besteht, die offensichtlich nicht greifen. Positiv ist zu vermerken, dass die Förderung der "Nachfrage", die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Reduzierung der Ungleichheit gefordert werden. Andererseits wird auf "strukturellen Reformen" beharrt, die in der Vergangenheit zum Teil unwirksam oder schädlich für die Gesellschaften waren. In dieser Hinsicht ist die Erklärung der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20 von Ankara (<https://g20.org/wp-content/uploads/2015/09/0-G20-Labour-and-Employment-Ministers-Meeting-2015-Ankara-Declaration.pdf>) insofern spezifischer, als darin die Priorisierung eines beschäftigungsintensiven Wachstums und zu diesem Zweck die Auseinandersetzung mit der Vielzahl der Faktoren gefordert wird, die der schwachen Gesamtnachfrage zugrunde liegen.

Obwohl sich die G20 eines nur langsamen Produktivitätswachstums bewusst ist (Abs. 5), ist sie nicht so weit gegangen wie die OECD mit ihrer Forderung nach "kollektiven Maßnahmen zur Erhöhung der staatlichen Investitionen". Die L20 hat vor der Gefahr einer weiteren Rezession gewarnt, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Das Kommuniqué erwähnt **"ehrgeizige" Investitionsstrategien**, die sich der IGB und der TUAC genauer ansehen werden. Um eine vergleichbare Wirkung wie ein substanziellerer gemeinsamer Investitionsaktionsplan zu erzielen, würde es jedoch einer größeren Koordination und politischen Kohärenz bedürfen. Die Förderung einer hochwertigen Infrastruktur "auch" durch den öffentlichen Sektor wird zur Kenntnis genommen und auch von der L20 gefordert. Die L20 hat bereits im Jahr 2014 auf das Wachstumspotenzial verstärkter Investitionen hingewiesen, das jetzt in dem Text erneut bestätigt wird. Die G20 rechnet damit, dass diese Strategien dazu

beitragen würden, die Gesamtinvestitionen der G20 im Verhältnis zum BIP bis 2018 um einen Prozentpunkt zu erhöhen.

Seit der russischen Präsidentschaft im Jahr 2013 bemüht sich die G20 um erhöhte Infrastrukturinvestitionen aus sowohl öffentlichen als auch privaten Mitteln. Die in dem Kommuniqué geäußerten Erwartungen hinsichtlich der Investitionen des privaten Sektors sind jedoch unrealistisch (Abs. 9). Der öffentliche Sektor wird nur im Zusammenhang mit hochwertiger Infrastruktur und langfristigen Finanzierungen durch institutionelle Anleger erwähnt. Auf das öffentliche Auftragswesen, in dessen Rahmen der Großteil der Infrastrukturfinanzierung erfolgt, wird in dem Text nicht eingegangen, außer im Zusammenhang mit Korruption und Integrität (Abs. 16). Kaum oder gar nicht erwähnt werden verantwortungsvolle Investitionspraktiken, die für Rechenschaftspflicht und Transparenz bei Infrastrukturprojekten sorgen würden. Gleichzeitig fordert die G20 **"Prozesse der Investitionspriorisierung und -abwicklung" für Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor**, die auf den neuen "bewährten Verfahren" der G20 basieren (Abs. 10). Die Gewerkschaften haben nach wie vor ernsthafte Zweifel an dem Modell öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) gegenüber traditionellen öffentlichen Auftragsvergaben, ebenso wie im Hinblick auf das Recht auf bezahlbare öffentliche Dienstleistungen, Finanz- und Haushaltstransparenz beim Risikomanagement sowie Stakeholder-Konsultationen.

Ungleichheit und Arbeitsplätze

Die G20 ist sich inzwischen der negativen Verbindung zwischen zunehmender Einkommensungleichheit und einem geringen Wachstum als langfristigen Trend bewusst. Trotz des Widerstandes der indischen Regierung heißt es in dem Kommuniqué: *"Die wachsende Ungleichheit in zahlreichen Staaten könnte nicht nur ein Risiko für den sozialen Zusammenhalt und das Wohlergehen unserer Bürger darstellen, sondern kann auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben und unser Ziel, das Wachstum anzukurbeln, behindern"* (Abs. 6). Zu den Ergebnissen des Gipfels gehört das auf G20-Ebene bisher umfassendste Maßnahmenprogramm zur Reduzierung der Ungleichheit. Die beschlossenen **Politischen Schwerpunkte der G20 zu Lohn- und Einkommensungleichheit** tragen der Notwendigkeit Rechnung, die Arbeitsmarktinstitutionen, die Rolle von Mindestlöhnen und Tarifverhandlungen zu stärken. Es ist jetzt von entscheidender Bedeutung, ihnen konkrete politische Maßnahmen und Verpflichtungen auf nationaler Ebene anzuschließen, um eine wirksame Umsetzung zu gewährleisten.

Im Einklang mit der Forderung der L20 nach einer größeren politischen Kohärenz und einem regierungsweiten Ansatz zur Reduzierung der Ungleichheit wird in der Erklärung ein *"umfangreiches und ausgeglichenes Paket wirtschafts-, finanz-, arbeitsmarkt- sowie bildungs- und sozialpolitischer Maßnahmen"* angepeilt. Besonders zu begrüßen ist, dass sowohl die Finanz- als auch die Arbeitsminister ersucht werden, *"unsere Wachstumsstrategien und Beschäftigungspläne zu überprüfen"*, was eine gemeinsame Sitzung der Arbeits- und Finanzminister während der chinesischen Präsidentschaft bedeuten sollte.

Im Kommuniqué heißt es: **"Wir erkennen an, dass der soziale Dialog eine entscheidende Rolle für die Erreichung unserer Ziele spielt, und begrüßen daher die Gemeinsame Erklärung der B20 und L20 zu Arbeitsplätzen, Wachstum und guter Arbeit."** Die L20 fordert die Fortsetzung und Ausweitung der Beteiligung der Sozialpartner an den Arbeitsgruppen der G20 und den Treffen der Sherpas während der chinesischen Präsidentschaft. In der bei der Ministertagung im September 2015 in Ankara veröffentlichten Vereinbarung zwischen der L20 und der B20 (http://www.tuac.org/en/public/e-docs/00/00/10/F8/document_news.phtml) werden die Regierungen aufgefordert, das volle Potenzial der G20 als Wachstumsmotor zu nutzen. Es werden eine Reihe gemeinsamer Vorschläge unterbreitet, darunter: makroökonomische Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigung und der

Gesamtnachfrage; junge Menschen wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern und gemeinsame Bemühungen um die Ausweitung hochwertiger Ausbildungsplätze; den informellen Sektor der Wirtschaft formalisieren; für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sorgen; Kompetenzen und Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen; die Investitionen in Infrastrukturprojekte erhöhen, die für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sorgen werden; die Teilhabe der Frau und Lohnleichheit fördern, u.a. durch Investitionen in die Kinderbetreuung und die Pflegewirtschaft.

Unterdessen sind weltweit nach wie vor 30 Prozent mehr Menschen arbeitslos als vor der Krise, und es wird damit gerechnet, dass sich das globale Beschäftigungsdefizit bis 2018 auf 80 Millionen erhöht. Es ist besonders zu begrüßen, dass das Kommuniqué *“Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und informelle Arbeitsplätze”* als *“wesentliche Ursachen für Ungleichheit”* betrachtet (Abs. 7). Es bleibt abzuwarten, ob die in dem beschlossenen **Rahmenplan der G20 zur Förderung hochwertiger Arbeitsplätze** enthaltenen Punkte bei der Überprüfung der innerstaatlichen politischen Pläne berücksichtigt werden und konkrete politische Veränderungen bewirken.

Die G20 hat zudem ihre **Kompetenzstrategie** bekräftigt, die auf hochwertige Ausbildungsprogramme und lebenslanges Lernen setzt, und sie ist sich der Bedeutung von Partnerschaften mit den Sozialpartnern bewusst. Der Herausforderung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung unter jungen Menschen muss jedoch mit einem umfassenderen Ansatz begegnet werden, einschließlich beschäftigungspolitischer Maßnahmen, da 65% der von der L20 befragten Personen die Beschäftigungsaussichten junger Menschen in ihrem Land als schlecht oder eher schlecht bezeichnen. Das **Ziel der G20, den Anteil der jungen Menschen**, die am stärksten Gefahr laufen, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden, in den G20-Staaten bis 2025 um 15% **zu reduzieren** (Abs. 7), sollte Teil dieses Ansatzes sein. Obwohl die L20 ein solches Ziel gefordert hat, ist es wichtig, diese Ambition vor dem Hintergrund der innerstaatlichen Jugendbeschäftigungszahlen zu bewerten und sie mit dem Kampf gegen informelle und prekäre Jugendbeschäftigung zu verknüpfen.

In Bezug auf die Qualität und die Sicherheit der Arbeitsplätze in Entwicklungsländern bleibt das Kommuniqué mit nur einem einzigen Verweis auf *“inklusive globale Wertschöpfungsketten”* hinter den Schlussfolgerungen des diesjährigen G7-Gipfels zurück, wobei weder die anerkannten internationalen Arbeitsnormen erwähnt werden, wie etwa die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die IAO-Übereinkommen und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, noch eine Verpflichtung zur Untermauerung der Rechtsstaatlichkeit durch eine grenzübergreifende gesetzliche Sorgfaltspflicht eingegangen wird. Die Förderung einer Aufwertung sozialer Belange in globalen Wertschöpfungsketten ist eine politische Herausforderung, die auf der Ebene der G20 angegangen werden muss. Nur der dem Thema Beschäftigung gewidmete Absatz enthält eine Forderung nach der *“Förderung von mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, auch innerhalb nachhaltiger globaler Lieferketten”* (Abs. 7).

Das Kommuniqué enthält eine klare Verpflichtung zu den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) und dem Aktionsplan von Addis Abeba (Abs. 19-21) und beinhaltet einen Rahmenplan der G20 und der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen. Mit Blick auf die Zukunft bedarf es einer größeren Ausgewogenheit zwischen der Förderung verantwortungsvoller Investitionen, hochwertiger Arbeitsplätze und Einkommen in Entwicklungsländern und der Förderung der Rolle des privaten Sektors bei der Entwicklungsfinanzierung. Der angenommene Rahmenplan der G20 zu integrativem Wirtschaften muss modifiziert werden und alle Stakeholder einbeziehen, einschließlich der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften. Bisher zielt der Plan darauf ab, Menschen und Gemeinwesen mit niedrigem Einkommen eine Teilhabe an den Märkten als Käufer, Lieferanten und Verbraucher zu ermöglichen, nicht jedoch darauf, sie als Beschäftigte dieser “integrativen” Wirtschaftseinheiten zu stärken.

Aggressive Steuerplanung

Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben den OECD/G20-Aktionsplan zur Bekämpfung der Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) gebilligt (Abs. 15) und eine *"breite und konsequente Umsetzung"* gefordert, *"insbesondere im Hinblick auf den Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Steuerregelungen"*, was zu begrüßen ist. Eine zügige und integrative Umsetzung des BEPS-Paketes ist in der Tat von entscheidender Bedeutung, wobei es allerdings nach wie vor Herausforderungen hinsichtlich der Projektgestaltung gibt. Vor allem der neue länderbezogene Berichtsrahmen, an den sich große multinationale Unternehmen bis Ende 2016 zu halten haben, bietet keine Offenlegungsmöglichkeit. Aggressive Steuerplanung ist für alle Stakeholder relevant, einschließlich der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und langfristiger Investoren, und nicht nur für die Unternehmen und die Steuerbehörden.

Zu begrüßen ist auch, dass die OECD im Anschluss an die Konferenz von Addis Abeba über Entwicklungsfinanzierung den Auftrag erhalten hat, *"bis Anfang 2016 unter gleichberechtigter Beteiligung interessierter Staaten und Gebiete, die nicht der G20 angehören und sich zur Umsetzung des BEPS-Projekts verpflichten, einschließlich der Entwicklungsländer, einen inklusiven Rahmenplan zu entwickeln"*. Die **"gleichberechtigte" Beteiligung der Entwicklungsländer** ist in der Tat dringend notwendig. Daran hat es in den letzten beiden Jahren gefehlt, als der BEPS-Aktionsplan bei der OECD konzipiert und beraten wurde. Bei der Konferenz von Addis Abeba wurde die wachsende Besorgnis einer Reihe von Entwicklungsländern und zivilgesellschaftlicher Organisationen über die Federführung der OECD bei der Lenkung des internationalen Steuersystems deutlich. Die Verpflichtung der G20 zu einem integrativen BEPS-Rahmenwerk schafft die Grundlage für eine wirksame Reaktion auf diese Besorgnis.

Klimawandel

Die deutlichste Erklärung zum **Klimawandel** hat die G20 2012 in Mexiko abgegeben. Eine ausführliche Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 zwei Wochen vor dem Beginn der COP 21, bei der viele von ihnen in Paris erneut zusammentreffen werden, wurde als wichtiges politisches Signal gewertet.

Obwohl die Verpflichtung zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius bekräftigt wurde (Abs. 24) und von allen Ländern ehrgeizige Maßnahmen gefordert werden, **findet sich kein Verweis auf die Verpflichtung zur Erreichung des Ziels von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für die Entwicklungsländer bis 2020 oder auf die Forderung nach einem obligatorischen Überprüfungsmechanismus** im Rahmen des UNFCCC-Abkommens, ob als Teil eines Protokolls, als Rechtsinstrument oder im Rahmen einer sonstigen Vereinbarung.

Das Kommuniqué bekräftigt den multilateralen Ansatz der Klimaverhandlungen über das UNFCCC und sieht konstruktive Verhandlungen und die Einhaltung der freiwilligen nationalen Beiträge (INDC) vor. Der Widerstand Indiens und Saudi-Arabiens hat eine deutlichere Botschaft der G20 im Vorfeld der COP-Verhandlungen verhindert. Wir werden in Bezug auf **Strategien für einen gerechten Übergang als Ergebnis weiterer Verhandlungen** im Anschluss an ein Pariser Abkommen für Folgemaßnahmen sorgen müssen.

Die G20 hat zudem einen ersten Plan für den Zugang zu Energie gebilligt, der schwerpunktmäßig auf Afrika südlich der Sahara ausgerichtet ist und der Bedeutung dezentralisierter Energie und von Mini-Stromnetzen Rechnung trägt, um die Bemühungen um erneuerbare, bezahlbare und moderne Energie für die mehr als eine Milliarde Menschen weltweit, die keinen Zugang zu Energie haben, zu beschleunigen.

Flüchtlinge

Die Welt sieht sich der größten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüber, und allein in der Türkei sind mehr als zwei Millionen syrische Flüchtlinge in den Gemeinwesen und Lagern untergebracht. In dem Kommuniqué wird das Ausmaß der globalen Flüchtlingskrise als globales Problem erkannt, konkrete politische Maßnahmen werden jedoch nicht vorgeschlagen (Abs. 25). Während alle Staaten aufgerufen werden, die mit der Hilfe für Flüchtlinge verbundenen Lasten zu teilen, findet sich keine konkrete Verpflichtung zum Recht auf Arbeit für Flüchtlinge, das es ihnen ermöglichen würde, den Aufnahmeländern wirtschaftlichen Nutzen zu bringen, anstatt eine Belastung für sie zu sein.

Die Empfehlung der L20, alle MigrantInnen **zur Beschäftigung in der formellen Wirtschaft zu berechtigen, inklusive der damit verbundenen arbeitsbezogenen, sozialen, politischen und kulturellen Rechte**, würde es den Flüchtlingen ermöglichen, sich zu integrieren und wirtschaftliche Beiträge zu leisten.

Die G20 hat erkannt, dass es politischer Lösungen für die Flüchtlingskrise bedarf, was als Verweis auf den Konflikt in Syrien aufgefasst werden könnte, durch den die Hälfte der Bevölkerung des Landes vertrieben wurde. Alle Staaten, entsprechend ihren jeweiligen Kapazitäten, der Privatsektor und jeder Einzelne werden aufgerufen, sich an den Bemühungen um die humanitäre Unterstützung und den Schutz der Flüchtlinge zu beteiligen.

Terrorismus

Der G20-Gipfel hat auf die Terroranschläge am 13. November in Paris und am 10. Oktober in Ankara mit einer Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus reagiert. In der neun Punkte umfassenden Erklärung wird Terrorismus verurteilt und eine Auseinandersetzung mit der Terrorismusfinanzierung zugesagt.

Während die G20 bekräftigt, dass Terrorismus keiner Religion, Nationalität, Bevölkerungsgruppe oder ethnischen Gruppe zugeordnet werden kann und sollte und ihre Entschlossenheit zur internationalen Zusammenarbeit und Solidarität bekundet, empfiehlt die L20, den Verweis auf die Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft (Abs. 7) auf die kritischen Bereiche Beschäftigung und Ungleichheit auszuweiten.

Der Ausbau der Demokratie, demokratischer Rechte und Freiheiten sollte zentraler Bestandteil der Reaktion auf den Terrorismus sein und in der Erklärung deutlicher herausgestellt werden. Der Schutz der Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit als Mittel zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus wird in dem Kommuniqué nicht erwähnt.

Folgemaßnahmen

Die L20 wird den Aktionsplan von Antalya, die überarbeiteten Wachstumsstrategien, die Investitionsstrategien der G20 und andere eingegangene Verpflichtungen erörtern. Der nächste G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs findet im September 2016 während der chinesischen Präsidentschaft in Hangzhou statt, bevor Deutschland im Jahr 2017 die Präsidentschaft übernimmt. Der IGB und der TUAC danken den türkischen Gewerkschaften für ihre Unterstützung und werden die Zusammenarbeit mit unseren chinesischen und deutschen Partnergewerkschaften fortsetzen, damit die Einflussnahme der L20 auf den G20-Prozess auch künftig gewährleistet ist.